Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 51. Halle, Freitag, den 31. Januar. 1919.

Verschlimmerte Lage im Osten.

Der Auftakt zu einem neuen Vorgehen der Polen. — Bedrohung der Brandenburgischen Grenze.

Die Gefahr im Osten steigt.

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage in den deutschen Ostmarken hat sich, wie die Blätter melden, in den letzten Tagen weiter verschlimmert. Die Gefahr eines feindlichen Einfalls ist in drohende Nähe gerückt. Vor den Grenzen Ostpreußens stehen starke Bolschewistenheere. In Westpreußen drohe ein Einfall der Polen und das bis jetzt noch verschont gebliebene Posen ist erneut polnischen Bedrohungen ausgesetzt und damit auch die Mark Brandenburg in Mitleidenschaft gezogen. Die russischen Sowjettruppen stehen auf der Linie Libau-Dubissa-Kowno. Die Festung Kowno ist noch nicht in russischer Hand, die russischen Truppen stehen aber unmittelbar vor der Festung. Die Bolschewisten verfügen in dem Abschnitt Libau-Dubissa-Kowno über zahlreiche Divisionen, die durch eine eiserne Disziplin zusammengehalten und vorwärts geführt werden. Die Soldatenräte spielen im Bolschewismus nicht mehr die Rolle, die ihnen am Anfang der Revolution zufiel. Die Kommandogewalt ruht vielmehr in den Händen der Truppenführer. Die militärische Lage in Westpreußen ist gleichfalls besorgniserregend. Die dort zahlreich ins Leben gerufenen örtlichen deutschen Bürgerwehren sind nicht imstande, den drohenden Einmarsch der Polen aufzuhalten. Auch hier ist die Entsendung zahlreicher Freiwilligenkorps in Höhe von einigen tausend Mann dringend erforderlich. Es muß hervorgehoben werden, daß das Gefecht bei Kulmsee, in dem wie berichtet die Polen zurückgeschlagen wurden, kein örtlicher, zufällig entbrannter Kampf war, sondern daß es, so wird von maßgebender militärischer Seite versichert, der Auftakt zu einem groß angelegten Vorgehen der Polen in Westpreußen bedeute. Auch sonst ist die Lage nach wie vor ernst. Nach dem Fall der Stadt Bomst, sind Deutschen und Masuren bedroht und damit auch die brandenburgische Grenze.

Erfolge im Osten.

WTB. Bromberg, 30. Januar. (Amtlich.) Am 29. Januar wurden Grünthal, Wunschheim, Jaroschin und Groß-Samoklensk von unseren Truppen genommen. Zwei Maschinengewehre, Gewehre und Munition wurden eingebracht.

Kulmsee von deutschen Truppen erstürmt

Graudenz, 29. Januar. Die freiwillige Sturmabteilung Roßbach vom Grenzschutz Ost geriet am Dienstag mit der polnischen Bevölkerung von Kulmsee bei Graudenz, wo eine Abteilung in Quartier gebracht werden sollte, in Kampf. Nach Artillerievorbereitung wurde Kulmsee im Sturm genommen. Die polnischen Verluste betrugen mehrere Tote und Verwundete. Auf deutscher Seite keine Verluste. An die polnische Bevölkerung waren vor Ankunft der Deutschen 300 Gewehre verteilt worden. Ueber Kulmsee wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Lage in Kurland.

WTB. Libau, 30. Januar. (Drahtnachricht.) Das Memeler Dampfboot meldet: Die Lage in Kurland hat sich in den letzten Tagen gebessert. Die Bolschewisten wurden in mehreren Zusammenstößen über den Windau-Fluß zurückgeworfen. Gestern wurde Schwanden an der Windau nach kräftiger Gegenwehr von deutschen Truppen und baltischer Landwehr gestürmt. In vielen Landkreisen herrscht der Terror örtlicher Bolschewisten. Nicht geflüchtete Gutsbesitzer und Pastoren sind verschleppt und teilweise ermordet worden.

Die Lieferung von Lebensmitteln.

WTB. Berlin, 30 Januar. (Drahtnachricht.) Zur Fühlung der weiteren Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist in Berlin eine Kommission gebildet worden, an der neben Vertretern beteiligter Reichsbehörden, Finanz- und Kaufmännischen Sachverständigen auch zwei Vertreter der ärztlichen Wissenschaft teilnehmen sollen. Die deutsche Massenstillstandskommission in Spa hat die Ententevertreter gebeten, bei der Zusammensetzung der Gegenkommission gleichfalls eine Beteiligung von Gelehrten oder Aerzten zu erreichen.

Streik der Königsberger Militärbeamten.

Königsberg, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Hier ist ein Streik der Militärbeamten ausgebrochen. Anscheinlich ist hierdurch die ganze Lage äußerst spannend geworden. Es schwirren die wildesten Gerüchte durch die Stadt. Anscheinend glaubt man an einen demnächst bevorstehenden Putsch der Spartakiden, die, wie es heißt, sich angeblich Königsbergs nach Berliner Muster bemächtigen wollen. Genaueres läßt sich im Augenblick über die vorliegende Lage nicht mitteilen. Alle über die Vorgänge umlaufenden Gerüchte sind mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Streik von Postämtern.

Stettin, 30. Januar. (Eig. Drahnachricht.) Heute vormittag trat in Stettin der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat der Provinz Pommern zu einer Tagung zusammen, die mehrere Tage dauern dürfte. Nach Festsetzungen der Tagesordnung wurde der Antrag gestellt, die Frage zu erörtern, wie weit die Befugnisse der A.- und S.-Räte gehen. Ebenso sollten auch die Vorkommnisse am letzten Sonnabend in Stettin anläßlich der Besetzung Liebknechts erörtert werden. In dem Bericht des Referenten über die geleistete Arbeit der A.- und S.-Räte in der Provinz wurde u. a. mitgeteilt, daß es zwischen dem A.- und S.-Rat in Greifswald und der dortigen Beamtenschaft zu einem ernsten Konflikt gekommen ist. Das 3. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 42 hatte mit klingendem Spiel seinen Einzug in die alte Garnisonstadt gehalten, wobei es auch einen Parademarsch ausführte und zum Schluß das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" anstimmte. Das hatte den Unwillen des dortigen A.- und S.-Rates erregt, weshalb man beschloß, als Protest dagegen am anderen Tage auf allen öffentlichen Gebäuden die rote Fahne zu hissen, was wiederum in den Kreisen der Beamtenschaft Mißstimmung hervorrief. Die Postämter haben nun gestern zum Protest gegen diese Vergewaltigung ihre Arbeit eingestellt, und auch die Aerzte in den Kliniken sollen nach dem Bericht des Referenten ihre Tätigkeit eingestellt haben.

Scheidemann über die Lage.

Zürich, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Scheidemann sagte zum Berliner Berichterstatter des Matin, er begreife sehr wohl, daß das Ausland die Ereignisse in Deutschland mit einer gewissen Unruhe betrachte und fürchte, daß wir nur schwer die Schwierigkeiten überwinden würden, vor die uns der Krieg und die Beendigung der Feindseligkeiten gestellt haben. Aber Sie können versichert sein, sagte Scheidemann, daß das deutsche Volk die schwierigste Krise überstanden hat und auch die Mittel finden wird, seine Fehler wieder gutzumachen. Es muß weiter arbeiten. Die Arbeit muß unsere Antwort sein auf die Unglücksfälle, die uns zugestoßen sind. Die Streikgefahr wird bald überwunden sein. — Den Satz über die Wiedergutmachung hebt der Matin in Sperrdruck hervor.

Gegen die Lostrennung preußischer Gebiete.

WTB. Berlin, 30. Januar. (Drahtnachricht.) Die preußische Regierung veröffentlicht folgendes: Bereits in unserer Bekanntmachung vom 19. Dezember v. Js. ist darauf hingewiesen worden, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preußische verfassunggebende Versammlung bestimmt werde, und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegenzutreten sei. An diesem Standpunkt hat die preußische Regierung gelegentlich der stattgehabten Beratungen über die neue deutsche Reichsverfassung in vollem Umfange festgehalten.

Indem wir dies zur allgemeinen Kenntnis bringen, geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, daß die Behörden allen anderes gerichteten Bestrebungen nachdrücklichst entgegentreten werden.

Staatssekretär Preuß über seine Politik

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die in Berlin erscheinende russische Zeitung Wremja schreibt: Staatssekretär Preuß empfing ausländische Pressevertreter und sagte ihnen u. a.: Ich bin bürgerlicher Demokrat und habe die feste Zuversicht, daß der Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialer Demokratie in der nächsten Zeit fast verschwinden wird. Es hat sich doch wieder gezeigt, daß der Kern des deutschen Volkes doch ebenso Gutmütigkeit ist. Wenn nun auch niemand von den alten Gewalthabern angepackt wurde, wenn das deutsche Volk an diesen Gewalthabern und an den Vertretern des alten Systems keine Rache geübt hat, so zeugt das keinesfalls gegen die Gründlichkeit der am 9. November stattgefundenen Umwälzung.

Was die neue deutsche Staatsordnung anbetrifft, so haben die Wahlen gezeigt, daß dies eine republikanisch-demokratische Staatsordnung mit starkem sozialistischen Einschlag sein muß. Die Wahlresultate bieten auch eine gewisse Garantie dafür, daß solch eine Staatsordnung aufgebaut werden kann nur in einem Zusammenwirken der bürgerlichen Demokratie mit der Mehrheitssozialistischen Demokratie, deren Haltung nach meiner Ansicht während der ganzen Revolutionszeit alle Achtung verdient.

Zum Schluß sagte Staatssekretär Preuß: Wenn ich von einer Zusammenfassung aller Deutschen in einem einheitlichen Staat spreche, so bitte ich Sie, nicht zu denken, daß ich von einer imperialistischen Politik alten Stils spreche, die vielleicht auch die Deutschen der Schweiz und anderer Länder gegen ihren Willen annektieren will. Das liegt mir durchaus fern. Eine der ersten Taten der Nationalversammlung wird aber sein, die Ausnahme Deutsch-Oesterreichs in das neue Deutschland.

Wilson und die Kriegsentschädigungsfrage.

Basel, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Blätter melden, beharrt Wilson laut einem Pariser Funkentelegramm auf seinem Standpunkt, daß man keineswegs den Ersatz der gesamten Kriegskosten von Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Ersatz für die tatsächlich erlittenen Schäden. Unter diesen Titel sollen weder die für die Heere aufgewendeten Kosten, noch die für Munition und Kriegsmaterial.

Französische Demonstrationen gegen einen Gewaltfrieden.

Genf, 30. Januar. (Privattelegramm.) Humanité und Journal du Peuple melden: Die französische Arbeiterschaft demonstriert am kommenden Sonntag in mehr als 300 Versammlungen innerhalb Frankreichs gegen einen Gewaltfrieden und für beschleunigten Friedensschluß.

Die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung.

Aus dem Reichsverfassungsentwurf des Rates des Volksbeauftragten: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke".

Just einen Tag vor der Wahl zur preußischen Nationalversammlung hat die preußische Regierung eine Verordnung erlassen, durch die die bestehenden Gemeindevertretungen aufgelöst und Neuwahlen bis spätestens 2. März angeordnet werden. Das Wahlsystem wird das gleiche sein, wie es am 19. und 26 Januar zur Durchführung kam. Es soll ein Ende gemacht werden mit dem überlebten Hausbesitzerprivileg und auch ein Ende mit der Ausnahmestellung gewisser Beamtenkategorien. Das ist zu begrüßen. Von der Neuordnung der Gemeindeverwaltung erwarten wir eine größere Anteilnahme des Volkes an den Geschicken der engeren Heimat, daß ein moderner Zug in die Selbstverwaltung hineinkommt und daß Kräfte, die bisher brach lagen, zum Segen der Stadtverwaltung nutzbar gemacht werden.

Eine solche Stellungnahme zur Demokratisierung der Gemeindeverwaltung kann uns aber doch nicht von kritischen Bemerkungen abhalten über die Art und Weise, wie hier ein neues Wahlrecht für die Kommunen auf dem Wege der Verordnung eingeführt werden soll. Wir halten das Vorgehen der preußischen Regierung für eine politische Unklugheit, für eine Ungerechtigkeit, die geeignet ist, unnötige Erbitterung zu erzeugen. Es lag gar kein Grund vor, eine derart umstürzende Maßnahme auf dem Wege der Verordnung zur Durchführung zu bringen. Wenn man den schönen demokratisch klingenden Satz aufstellt: „Alle Staatsgewalt liegt beim Volke", dann muß man auch danach handeln. Eine Aufoktroyierung des neuen Wahlrechts für die Kommunen im Wege der Verordnung entspricht diesem fundamentalen Grundsatze des neuen Staates jedenfalls nicht. Durch Verordnung vom 30. Mai 1849 wurde dem preußischen Volke einst das jetzt zu Fall gekommene Dreiklassenwahlrecht aufoktroyiert. Und jetzt, 70 Jahre später, erleben wir ähnliches mit dem Gemeindewahlrechte. Nur ist die verordnende Behörde nicht eine reaktionäre, sondern eine revolutionäre. Wem daran liegt, daß bald wieder geordnete Zustände in unserem Lande einziehen, muß die Art und Weise der Einführung des neuen Gemeindewahlrechts bedauern. Es gibt einfach keine Begründung für die Ausschaltung des am 26. Januar vom preußischen Volke gewählten Parlaments in dieser für die Allgemeinheit so unendlich wichtigen Frage. Wenn wirklich alle Staatsgewalt beim Volke liegen soll, dann hätte auch hier das Parlament nicht zur Jasage-Maschine herabgesetzt werden dürfen. Durch eine verfassungsmäßige Erledigung des Gemeindewahlrechts in der preußischen Nationalversammlung hätte die Angelegenheit gleichfalls in kürzester Zeit geordnet sein können. Wohin soll es auch führen, wenn selbst die wichtigsten Fragen — trotz einer vorhandenen Volksvertretung — durch Dekret von einem kleinen Kreise von Männern befohlen werden? Parlament und die Wahlen für diese Volksvertretung werden dann zur Farce. Das kann und das darf nicht sein. Und deshalb wird gerade von demokratischer Seite das Auftreten der preußischen Regierung in dieser Frage nicht scharf genug verurteilt werden können. Absolutismus bleibt immer Absolutismus, auch wenn er von republikanischer Seite kommt.

Aber andererseits dürfen wir es bei diesem Proteste nicht bewenden lassen. Wir müssen uns mit diesem dem Volke aufoktroyierten Gemeindewahlrechte abfinden und alle Kräfte anspannen, um Gemeindevertretungen zustande zu bringen, die eine segensreiche Wirksamkeit versprechen. Der Selbsterhaltungstrieb des Bürgers spielt hier eine noch größere Rolle als wie bei den Wahlen im Reiche und im Staate, weil eine jede verkehrte Gemeindepolitik sich auch viel direkter und viel schneller fühlbar macht. Der Umsturz in der Gemeindeverwaltung muß auch den gleichgültigsten Gemeindewähler aufrütteln, weil er bei einer einseitigen Klassenherrschaft in der Kommune nur zu bald die schweren Folgen spüren würde. Ein Blick auf die Abstimmungsergebnisse der beiden vergangenen großen Stimmzettelschlachten zeigt, daß es viele Gemeinden geben wird, die die Segnungen einer sozialdemokratischen Mehrheit auf dem Rathause kennen lernen werden. Und es gibt viele andere Gemeinden, die nur durch die äußerste Anspannung aller politischen Kräfte vor einer einseitigen sozialdemokratischen Mehrheitsherrschaft bewahrt werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190131019/fragment/page=0001

Die Politik gehört nicht auf das Rathaus. Dieser alte, so gern angewandte Satz ist jetzt endgültig über den Haufen geworfen worden. Die Wahlen werden von den politischen Parteien gemacht werden, nicht mehr von einzelnen Vereinen. Das gilt nicht nur für große Städte, das gilt auch für Landgemeinden. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie als Partei die größten Anstrengungen machen wird, um sich überall, auch in der kleinsten Gemeinde, den größtmöglichsten Einfluß zu sichern. Da können die anderen Parteien einfach nicht zurückbleiben. Auch sie müssen dem Streben nach politischer Macht in der Gemeinde folgen und können hier das Feld den alten kommunalen Vereinen, den Berufs- und Standesorganisationen nicht mehr überlassen. Dabei müssen sich die Berufsverbände und Bürgervereine auch klar sein darüber: Wollen sie ihrerseits indirekt dazu beitragen, daß der Kampf aller nichtsozialdemokratischen Parteien erschwert und es der Sozialdemokratie erleichtert wird, eine Mehrheit auf den Rathäusern zu bekommen? Das geschieht, wenn die Organisationen die Not der Stunde verkennen, eigene Listen bei den dicht bevorstehenden Wahlen aufstellen und damit die Uneinigkeit aller Nichtsozialdemokraten vermehren. Wir verkennen dabei die berechtigten Forderungen dieser Organisationen durchaus nicht, sind aber der Meinung, daß sie sich eine entsprechende Vertretung auf dem Rathause auch durch die politische Partei sichern können, ohne daß sich der Wahlkampf verwirrt und die Sozialdemokratie begünstigt wird. Noch niemals war die Einigkeit aller nicht auf sozialdemokratischem Boden stehenden Wähler dringend notwendiger als bei den jetzigen Gemeindewahlen. Nur dadurch, daß neben den politischen Organisationen nicht noch Sonderverbände in den Wahlkampf eintreten, wird es in vielen Orten möglich sein, die Herrschaft einer einzelnen Klasse zu verhindern.

Wir wollen den bedauerlichen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft nicht vergrößern. Für uns ist Bürger einfach jeder Steuerzahler, unbeschadet der Art der von ihm geleisteten Arbeit. Durch die Beibehaltung der alten Methoden, daß die Wahlen von Bürgervereinen usw. zu leiten sind, würde heute die erhöhte Gefahr bestehen, daß der Klassengegensatz verschärft wird. Auch hier ist es die Demokratie, die die Führung zu übernehmen hat. Noch einmal muß an alle demokratischen Organisationen der Ruf gehen: Nach kurzer Atempause zu neuer Arbeit! Es gilt, das Bürgertum unter demokratischer Fahne zu sammeln und dafür zu sorgen, daß die Interessen der Gesamtheit auf dem Rathause zur Vertretung kommen. Es gilt, die Gedanken des Fortschritts und der Freiheit auch in der Kommunalpolitik zur Durchführung zu bringen und andererseits dafür zu sorgen, daß nicht eine Herrschaft entsteht, die von einem großen Teile der Bevölkerung wie ein Druck empfunden werden müßte. Schließt die Reihen! sei die Mahnung, damit die genaue Festsetzung des Wahltermins die Demokratie nicht unvorbereitet findet. In den einzelnen Ortsgruppen müssen ungesäumt alle Einzelheiten durchberaten, es muß für geeignete Kandidaten, die Verständnis für die neue Zeit haben, gesorgt werden und es muß schließlich die Aufklärung der gesamten Bürgerschaft sofort und mit aller Kraft einsetzen. Dann werden wir auch der bevorstehenden kommunalen Stimmzettelschlacht mit Vertrauen entgegensehen können. **Carl Helms.**

Die Entente-Konferenz in Paris.

Der polnische Vertreter verlangt die Provinz Posen und Thorn. — Der Kampf der Tschecho-Slowaken. Das Schicksal der deutschen Kolonien.

WTB. **Paris, 29. Januar.** (Havas.) Der Vertreterausschuß der Großmächte hielt zwei Sitzungen ab, die der polnischen und der tschecho-slowakischen Frage gewidmet waren. Der polnische Delegierte Dmowsky, der aufgefordert wurde, einen allgemeinen Bericht über

die Lage in Polen

zu geben, erklärte, daß eher Mangel an Munition und Material als an Mannschaften bestehe. Die Polen müßten ein freies Verfügungsrecht über die Eisenbahnlinien Thorn—Danzig erhalten. Zu den Gebietsansprüchen Polens übergehend, sagte er, daß Polen das Gebiet vor der Teilung wiederzuerlangen wünsche, die

Provinz Posen und Thorn inbegriffen.

Außerdem wünsche es einen freien Zugang zum Meere über Danzig, der zur Sicherstellung der Verkehrsstraßen von einem Gebietsstreifen geschützt sein müßte.

Benes setzte den tschecho-slowakischen Gesichtspunkt über die Zwischenfälle ausführlich auseinander, die zum Zusammenstoß der tschecho-slowakischen und polnischen Streitkräfte an den Grenzen von Böhmen und Schlesien führten. Am 6. November 1918 sei zwischen den Polen und den Tschecho-Slowaken ein Abkommen getroffen worden, das eine vorläufige Feststellung der Grenzen vorsah. Aber am 24. Januar 1919 seien die Tschecho-Slowaken in den Bezirk von Teschen eingedrungen und hätten die polnischen Truppenteile zurückgedrängt.

Der Konferenzausschuß erklärte es für wichtig, daß diese Vorgänge aufhörten, und schlug zu diesem Zwecke die

Besetzung der Zone durch alliierte Truppenteile

vor. Die an dieser Frage interessierten Delegierten erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden.

Die Frage, wem endgültig das schlesische Industriebecken zufallen solle, wurde nicht angeschnitten. Ebensowenig die von den Polen aufgeworfenen Gebietsfragen. Die Polen behaupteten, daß ihnen ethnographisch der Bezirk von Teschen zukomme, da die Polen dort 55 Prozent der Bevölkerung bildeten. Die Tschecho-Slowaken antworteten, daß diese Gegend für ihre Industrie wegen der Steinkohlenlager unentbehrlich sei. Die Friedenskonferenz wird in dem Streite der beiden Parteien entscheiden, die erklärten, daß sie im voraus mit dem Urteile einverstanden seien. Die

tschechisch-polnischen Grenzzwischenfälle

sind also nun beigelegt und morgen werden die Vertreter der beiden Länder vor dem Ausschusse, der namens der Alliierten zur Feststellung der Lage nach Polen gehen soll, erscheinen. Er besteht aus Noulens und General Niessel für Frankreich, Beward, Cone und General Botha für das britische Reich, Montagne und General Romei für Italien und Lord und General Kerma für die Vereinigten Staaten.

Der Ausschuß wird zugleich Kenntnis erhalten von Pichons von sämtlichen Großmächten gebilligten Anweisungen, die seine Tätigkeit in Politik, Krieg und Geldwesen umschreiben. Er wird Anfang nächster Woche über Wien nach Warschau gehen und etwa in drei Wochen zurück sein.

Morgen vormittag wird der Ausschuß der Vertreter der Großmächte im Beisein des französischen Kolonialministers Simon die Frage der Kolonien weiter behandeln. Wahrscheinlich wird man von einer Internationalisierung der

deutschen Kolonien

absehen und sie einverständlich den Staaten zusprechen, welche sie unter Aufsicht des Völkerbundes zu besetzen wünschen.

Während Wilsons etwa dreiwöchiger Abwesenheit werden wahrscheinlich Lloyd George nach England und Orlando nach Italien reisen, um ihre Geschäfte als Premierminister wahrzunehmen. Doch wird die Konferenz weiter arbeiten, da die meisten Ausschüsse gebildet sein werden.

Anbauzwang, Viehzucht und Sozialisierung.

Wie wir hören, hat sich der Arbeiter- und Soldatenrat für den Regierungsbezirk Merseburg an das Landwirtschaftsministerium mit der Anregung gewandt:

1. einen Anbauzwang einzuführen,
2. auf eine vermehrte Viehzucht hinzuwirken und
3. einen Anfang mit der Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe zu machen.

Zu diesen Forderungen wird uns von verantwortlicher Stelle geschrieben:

Die Forderung nach einem Anbauzwang scheint in der Hauptsache auf der Wahrnehmung zu beruhen, daß in der dortigen Gegend in den letzten Jahren ein stark vermehrter Gemüse- und Saatzuchtbau getrieben wird. Dabei scheinen besonders zu letzterem auch viele Besitzer übergegangen zu sein, die sich seither nicht eigentlich mit Saatzuchtbau befaßt haben. Da der Samenbau fraglos gewisse Fachkenntnisse und Erfahrungen sowie den Besitz geeigneter Maschinen voraussetzt, haben sich zunächst in dieser Beziehung gewisse Unzuträglichkeiten herausgebildet, und die produzierten Samen sind nicht immer einwandfrei gewesen. Man wird jedoch nicht übersehen dürfen, daß gerade die dortige Gegend nach ihren wirtschaftlichen und klimatischen Verhältnissen sozusagen das Samenreservoir für einen großen Teil Deutschlands ist, und daß Deutschland im Frieden einen sehr großen Teil seines Samens aus dem Auslande, während des Krieges aus den vormalig besetzten Gebieten, bezogen hat. Auf eine größere Sameneinfuhr ist sowohl nach der Haltung unserer Feinde wie auch nach unserer finanzwirtschaftlichen Lage nicht zu rechnen, so daß wir in Zukunft gezwungen sein werden, den größeren Teil unseres Bedarfes selbst zu erzeugen. Dazu ist es natürlich notwendig, daß sich auch in Zukunft solche Landwirte mit der Samenzucht befassen, die man nicht eigentlich als Züchter anerkennen kann. Dabei muß allerdings von den zuständigen Stellen darauf hingewirkt werden, daß der Anbau in angemessenen Grenzen bleibt, und daß die neuen Züchter mit Rat und Tat unterstützt werden. Ein Anbauzwang, welcher für die einzelnen Früchte gewisse Flächen nach dem Durchschnitt der Vorjahre vorschreibt, kann dabei ausgeübt werden und wird es ja auch.

Betreffs der zweiten Forderung, der Vermehrung der Viehzucht, muß festgestellt werden, daß die Landwirte selbst wohl kaum an einer Aufgabe mit größerem Eifer arbeiten, wie an der Vermehrung des Nutzviehs. Abgesehen von der Tatsache, daß die Viehhaltung und Zucht an sich dem Landwirt ein sehr sympathischer Teil seines Betriebes ist, wird er schon durch den gefahrdrohenden Mangel an Kunstdünger gezwungen, möglichst viel Vieh zur Düngerproduktion zu halten. Leider sind wir aber auch hierbei wieder völlig auf den guten Willen unserer Feinde angewiesen. Es darf wohl als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß wir mit den uns zurzeit zur Verfügung stehenden Futtermitteln bei weitem nicht in der Lage sind, unseren jetzigen gegen Friedenszeiten um fast ein Drittel reduzierten Viehstand einigermaßen rationell zu ernähren. Wir waren und sind eben besonders in bezug auf das notwendige Kraftfutter fast völlig auf die Einfuhr angewiesen. Eine weitere Vermehrung des Viehstapels unter diesen Umständen würde daher nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung unserer Erzeugung bedeuten. Sowie die notwendigen Futtermittel zur Verfügung stehen, wird sich die Viehzucht allein unter dem Zwange der Verhältnisse entsprechend bessern.

Was endlich die Aufteilung des Großgrundbesitzes anbelangt, so ist oft genug von sachkundigen Männern aller Parteien, insbesondere auch der sozialdemokratischen, darauf hingewiesen worden, daß diese Angelegenheit nur mit der denkbar größten Vorsicht in die Wege geleitet werden könne. (Diese „denkbar größte Vorsicht“ mahnt uns zur Vorsicht gegenüber diesen Auffassungen. Die Red.) Wir werden in der nächsten Zukunft betreffs unserer Ernährung mehr denn je auf die eigenen Erzeugnisse unserer Landwirtschaft angewiesen sein, und jeder gewaltsame, nicht genügend vorbereitete Eingriff in die Landwirtschaft kann zu einer furchtbaren Katastrophe unserer ganzen Ernährungswirtschaft führen. Bekanntlich ist in Berlin eine Sozialisierungskommission eingesetzt, welche sich eingehend mit diesen Fragen und Möglichkeiten beschäftigt. W.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

WTB. **Bern,** 30. Jan. Branting, der die bisher stattgefundenen Sitzungen der internationalen Sozialistenkonferenz leitete, hat über die letzten Sitzungen folgende Mitteilungen gemacht: Die bisher angekommenen Delegierten zur internationalen Sozialistenkonferenz haben die vorbereitenden Sitzungen Dienstag und Mittwoch fortgesetzt. Der Sitzung vom Dienstag wohnten als neu angekommen unter anderem die

Vertreter der deutschen sozialistischen Mehrheit

Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller und Otto Wels, als Vertreter der Unabhängigen Karl Kautsky sowie die Vertreter der Generalkommission der französischen Gewerkschaften Jouhaux und Desmoulins bei. Im Laufe der Sitzung stellte Huysmans fest, daß eine

Besprechung der Schuldfrage unvermeidlich

sein werde. Darauf erfolgte eine ziemlich lange Aussprache, bei der im allgemeinen Huysmans zugestimmt wurde. An der Besprechung beteiligten sich außer Huysmans Branting, Hermann Müller, Wels, Kautsky, Ellenbogen und Krummbach.

Der Mittwoch-Sitzung wohnten als neu angekommen die ungarischen Delegierten Buchinger, Byro und Jassi, sowie zwei Vertreter der finnländischen Delegation, Wouliscki und Keto Wibaut, bei. Die Besprechung drehte sich hauptsächlich um

die territorialen Fragen

und die Art, wie die Verhandlungen in der Plenarsitzung geführt werden sollen. Infolge einer Interpellation des letti-

Um Ehre und Recht.

Roman von **Fr. Sembdner.**

51. Fortsetzung — Nachdruck verboten.

XXI.

Stanislaus wurde in das Zimmer der Baronin geführt, wo bereits auf dem Schreibtische eine Lampe brannte, deren heller Schein durch einen roten Seidenschirm gedämpft war. Die Fenstervorhänge waren zugezogen, so daß der helle Dämmerschein des Juni-Abends nicht in das halbdunkle Gemach dringen konnte.

Die Baronin saß an dem Schreibtische und hatte eine Hand auf die Platte desselben gelegt, wo mehrere Papiere lagen. An der anderen Seite des Schreibtisches saß ein fremder Herr, während Inspektor Grupe auf einem Stuhle nahe dem einen Fenster Platz genommen hatte. In der Ecke des Diwans kauerte Frau von Prokowsky, mit ängstlichem, erschrecktem Auge ihrem Sohne entgegensehend. Man sah es ihr an, daß sie heftig geweint hatte.

Die Gruppe um den Schreibtisch der Baronin glich einem Gerichtshofe, der bereit ist, das Urteil über den Schuldigen zu sprechen.

Stanislaus mußte seine ganze Keckheit zusammennehmen, um unbefangen zu erscheinen.

„Sie haben mich rufen lassen, Frau Baronin“, sagte er höflich, „ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich über Mittag fortgeblieben bin . . .“

Die Baronin erhob wie abwehrend die Hand.

„Darauf kommt es nicht an“, sprach sie mit eisiger Stimme. „Es handelt sich hier um etwas anderes. Herr Grupe, wollen Sie den Sachverhalt darlegen.“

Der Inspektor stand auf, räusperte sich etwas und begann: „Heute nachmittag erschien dieser Herr, Rechtsanwalt Dr. Fischer, bei mir und präsentierte mir einen von dem verstorbenen Baron akzeptierten Wechsel. Ich war aufs höchste erstaunt, da der Herr Baron während meiner 35 jährigen Dienstzeit hier auf Schloß Hambach niemals einen Wechsel unterschrieben hatte. Weshalb sollte er das auch tun, da er ja als reicher Mann jede gewünschte Summe sofort von seinem Bankier erhalten konnte. Mir kam die Sache verdächtig vor und ich prüfte das Papier. Dasselbe war am 1. Dezember des verflossenen Jahres ausgestellt, wo der Baron schon krank daniederlag, auch schien mir die Unterschrift verdächtig, und ich kam mit Herrn Dr. Fischer zu dem Schlusse, daß hier eine Fälschung vorliegen müsse. Ich erachtete mich nicht für befugt, darüber zu entscheiden, was mit dem Wechsel geschehen solle; wir begaben uns deshalb zu der Frau Baronin, um ihre Entscheidung anzurufen.“

Er schwieg. Die Baronin fragte: „Nun, und Ihre Vermutung in betreff des Fälschers?“

„Ich möchte diese Vermutung nicht ohne bestimmte Verdachtsgründe aussprechen“, fuhr der Inspektor fort. „Vielleicht wird uns aber Herr von Prokowsky über die Fälschung, wenn eine wirklich vorliegt, Aufklärung geben können, da er im vorigen Herbst und auch noch nach dem Tode des Herrn Barons die Sekretariats- und Kassengeschäfte führte, bis ich mich genötigt sah, dieselben wieder selbst zu übernehmen, da einige Unordnungen vorgekommen waren.“

„Nun, Herr von Proowsky?“ sprach die Baronin mit kalter Stimme und trommelte leicht mit den Fingern auf die Platte des Schreibtisches.

Stanislaus hatte während der Rede des Inspektors Zeit gehabt, sich zu fassen. Nur die äußerste Kühnheit konnte ihn hier retten.

„Ich weiß nichts von diesem Wechsel“, sagte er. „Ich habe denselben nie zu Gesicht bekommen.“

„Niemals, Herr von Prokowsky?“ fragte da eine scharfe Stimme, und Dr. Fischer erhob sich und trat aus dem Halbdunkel vor, in dem er bislang gesessen.

„Niemals, mein Herr . . .“

„Das ist seltsam“, entgegnete Dr. Fischer spöttisch lächelnd. „Als ich heute hierher fuhr, sprach ich in Neuhof bei Herrn Born vor, der mir diesen Wechsel zum Einkassieren übergeben hat. Herr Born erzählte mir, daß Sie, Herr von Prokowsky, heute vormittag bei ihm gewesen seien, um diesen selben Wechsel einzulösen. Sie haben sogar gesagt, daß Sie im Auftrage der Frau Baronin kämen . . .“

Ein herzzerreißendes Schluchzen unterbrach seine Worte. Es kam von Frau von Prokowsky her, die ihr Gesicht laut weinend in die Kissen des Diwans verbarg.

„Beruhige dich, Julie“, sagte die Baronin. „Noch ist ja die Fälschung nicht festgestellt. — Herr von Proowsky, haben Sie noch etwas zu erklären?“

Stanislaus schwieg trotzig.

„Es ist gut“, fuhr die Baronin fort. „Ich hoffe, Sie niemals wiederzusehen. Ein Wagen wird Sie morgen früh zum ersten Zuge zur Bahn bringen . . .“

„Entschuldigen Sie, Frau Baronin“, unterbrach sie Dr. Fischer, „das dürfte denn doch die Nachsicht zu weit getrieben sein. Ein Haftbefehl ist auf Grund des vorliegenden Verdachts rasch zu erwirken.“

„Welches Verdachts“, fragte die Baronin ruhig.

„Nun, des Verdachts auf Wechselfälschung!“

„Liegt denn eine solche vor?“

„Aber Frau Baronin . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190131019/fragment/page=0002

schen Delegierten Eeso gab der deutsche Delegierte Hermann Müller die Erklärung ab, daß, wenn überhaupt heute noch deutsche Truppen in Lettland wären, dies nur darauf zurückzuführen sei, daß dies der einzige Rückzugsweg der noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen nach der Heimat sei. Im übrigen denke Deutschland nicht daran, Anspruch auf irgendwelche lettischen Gebiete zu erheben.

Branting betonte darauf, daß diese Erklärung Müllers wichtig sei.

Zur

elsaß-lothringischen Frage

bemerkte Krummbach, daß er hierzu in der Plenarsitzung eine Erklärung abzugeben haben werde, daß er jedoch einen Zusammenhang zwischen dieser Frage und der des Saargebietes und des linken Rheinufers anerkenne.

Der deutsche Delegierte Wels erwiderte hierauf, daß er hierin verschiedene Fragen sehe, und daß das Saargebiet und das linke Rheinufer

unbedingt als Bestandteile des deutschen Staates

zu betrachten seien.

Zum Schluß der Sitzung bemerken Huysmans, Branting und Müller, daß es notwendig sein werde, daß in dem Rahmen der internationalen Konferenz die Frage des Völkerbundes und die Frage der Sanktionen gegen die Völker, die sich nicht fügen wollen, behandelt werden müssen. Im Prinzip wurde beschlossen, ein Redaktionskomitee zur Abfassung der dem Kongreß vorzulegenden Erklärungen zu wählen. In der Aussprache hatte Branting besonders darauf hingewiesen, daß

dem Völkerbund von vornherein alle Nationen angehören

müßten, und daß niemand ausgeschlossen werden dürfe. Von Anfang an dürften beim Ausbau des Völkerbundes auch die kleinen neutralen Staaten nicht fehlen. Darüber müsse man sich in Paris vollkommen klar sein.

Hermann Müller erklärte sich mit den Ausführungen Brantings völlig einverstanden und wies darauf hin, daß Kriege in Zukunft unter allen Umständen unmöglich gemacht werden müßten.

Die Finanzminister-Konferenz in Weimar

WTB. **Berlin, 30. Jan.** Die am 28. Januar in Weimar begonnenen Verhandlungen des Reichsschatzamts mit den einzelstaatlichen Finanzministern sind am 29. Januar fortgesetzt und zu Ende geführt worden. Sie haben eine völlige Uebereinstimmung dahin ergeben, daß die Deckung der dringenden Bedürfnisse des Reichs allem andern vorangehen müsse, daß aber in dem hierdurch gezogenen Rahmen den Einzelstaaten die zur Erfüllung ihrer wichtigen Kulturaufgaben notwendige finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten sei. Unter diesen Gesichtspunkten wurde das gesamte Gebiet der Finanzen in seiner Bedeutung für Reich, Staat und Gemeinden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die vertrauliche und unverbindliche Aussprache war so reich an Aufklärungen und Anregungen, daß von den Teilnehmern der Wunsch nach häufiger Wiederholung solcher Veranstaltungen sehr lebhaft geäußert wurde. Das Reichsschatzamt sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Truppenentsendung nach Bremen.

WTB. Berlin, 30. Jan. Die Reichsregierung hat sich genötigt gesehen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu entsenden. Die ersten Truppenzüge sind bereits bei Bremen eingetroffen. Die Stärke der für sonstige Zwecke bereitgestellten Truppen erfährt infolge des starken Zustromes von Freiwilligen keine Verminderung.

Deutsches Reich.

Die Einziehung von Grundbesitz.

Berlin, 30. Januar. Wie mehrere Abendblätter melden, ist der Gesetzentwurf über die Einziehung von Grundbesitz jetzt fertiggestellt. Der Entwurf wird demnächst veröffentlicht werden.

Die Ernährungsfrage in Weimar.

Weimar, 30. Januar. Die Ernährungsfrage für die während der Nationalversammlung in Weimar beruflich anwesenden Personen ist insoweit geregelt, als vom 2. Februar an ein vereinfachtes Kartensystem eingeführt wird. Die Ankommenden erhalten für die ganze Woche ein Heftchen, in dem für jeden Tag die Belegkarten für ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendbrot enthalten sind. Die Preise für die einzelnen Mahlzeiten sind in allen Gasthöfen und Restaurants behördlich festgesetzt. Alle Eintreffenden haben ihre Brot-, Fleisch- und Zuckermarken mitzubringen. Das gilt auch für die Selbstversorger, sowie auch für die Herren Abgeordneten, Regierungsvertreter usw.

Eine Landarbeitsordnung.

Berlin, 30. Januar. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Regierungsverordnung mit einer vorläufigen Landarbeitsordnung.

Aus der demokratischen Bewegung.

Ein Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen demokratischen Partei.

Die bevorstehenden Gemeindewahlen.

Zu den bevorstehenden Gemeindewahlen hat der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei in seiner Sitzung am Dienstag folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Geschäftsführende Ausschuß gibt für die Gemeindewahlen die Entschließung über die Listenverbindung und die Aufstellung gemeinschaftlicher Listen mit anderen Parteien frei. Doch erscheint die Aufstellung einer gemeinsamen Liste mit den sozialdemokratischen Parteien und der Deutschnationalen Volkspartei nicht zulässig."

Weiter wurde beschlossen, bei der Regierung den Antrag zu stellen, daß die Gemeindewahlen diesmal, um eine Ueberlastung der Gemeindeorgane zu vermeiden und eine glatte Abwickelung der Wahlhandlung zu ermöglichen, auf Grund der für die Nationalwahlen aufgestellten Wählerlisten stattfinden, und daß die Wahlen im ganzen Lande an einem und demselben Tage vorgenommen werden.

Konferenz der A.- und S.-Räte des Bezirks Merseburg.

Die preußischen Teilungspläne der Unabhängigen. — Der Widerwille gegen die Nationalversammlung. Die geplante Verankerung der Macht des Rätesystems.

Halle, 30. Januar.

In der heutigen Sitzung sprach Volkskommissar Oerter-Braunschweig über

Einheitsrepublik oder Kleinstaaten.

Seine Ausführungen waren von der Furcht beeinflußt, daß die Revolution von der Regierung Ebert-Scheidemann im Verein mit den Bürgerlichen niedergeschlagen werden könnte. Der Regierung Ebert-Scheidemann wurden alle Schändlichkeiten und Dummheiten nachgesagt. Die gegenwärtige Regierung habe mit den Mitteln des Reiches die Gegenrevolution organisiert, und sie führe sie durch, um das alte System wieder einzuführen. In Braunschweig seien einige Tausend Arbeiter bewaffnet, es bestehe auch eine Volkswehr, die über das ganze Land hinweg ausgedehnt werden würde, allein wenn die disziplinierten Truppen der Gegenrevolution etwa einrückten, so würde die Revolution erwürgt werden, obgleich man sich heldenhaft dagegen wehren würde. Was sei nun zu tun, um die Macht gegen die Gegenrevolution zu organisieren? Er, der Redner, sei auf Grund der Wahlergebnisse auf den Gedanken gekommen, daß die Kräfte in Westdeutschland zu einer Einheit zusammengefaßt werden müßten.

Preußen solle geteilt werden,

dahin ginge auch der Plan der Regierung, und sei gut so, denn Preußen in seiner jetzigen Zusammensetzung würde immer ein Herd der Reaktion bleiben. In Westdeutschland sollen Gliedstaaten errichtet werden und ein Zentrum des sozialistischen Einheitsstaates bilden. Ein Gliedstaat würde Merseburg mit Leipzig, wo die sozialistischen Arbeiter die Macht in Händen haben. In Frankfurt a. M. wäre ein Gleiches der Fall, ebenfalls in Rheinland-Westfalen, und Hannover könnte ebenfalls zu einem Gliedstaat gestaltet werden mit Braunschweig, das nun bis ans Meer ein Freistaat werden könnte, desgleichen Hamburg, Schleswig-Holstein. Wenn diese Gliedstaaten sich vereinigten zu einer sozialistischen Republik, in der die A.- und S.-Räte die politische Macht in Händen hielten, dann würde im Verein mit der wirtschaftlichen Macht der Arbeiter der Revolution erst zum Siege verholfen werden. Aber schnell muß gehandelt werden, entschieden, dann werde gut gehandelt werden. Wenn dieser Gedanke der Zusammenfassung der sozialistischen Freistaaten im Westdeutschland verwirklicht würde,

dann wäre die Nationalversammlung erledigt.

Die jetzige Beamtenschaft werde entbehrt werden können. In Braunschweig werden alle Beamtendienste von Arbeitern geleistet, und sie würden ausgezeichnet verrichtet. Im sozialistischen Staat würde sich sehr leicht der Beamtenapparat aus Arbeitern schaffen lassen und er, der Redner, sei überzeugt, jeder seiner Hörer würde diese Arbeit leisten können. (Beifall.) Die politischen Kräfte seien vorhanden. Von der Nordküste bis nach Bayern würde die Macht in den Händen der A.- und S.-Räte liegen. Es gälte nur, schnell zu handeln, in acht Tagen könnte das Werk getan sein. Der heutige Kongreß solle erklären, daß er den demnächst stattfindenden Kongreß der A.- und S.-Räte Westdeutschlands beschickt und dort sich für die Vereinigung des hiesigen Bezirks mit Westdeutschland zu einem Freistaate ausspricht. An Westdeutschland würden sich Ostelbien und andere Landesteile anschließen und so könne man zu einer sozialistischen Reichseinheit auf föderativer Grundlage kommen.

Die politische Macht müsse fest in den Händen der A.- und S.-Räte liegen.

Ihnen muß die Möglichkeit gegeben sein, in den Gemeinden die von den Betriebsräten durchzuführende Sozialisierung zu stützen. Der Landesversammlung solle eine gewisse gesetzgeberische, beratende Tätigkeit gestattet werden, soll Vorschläge machen können, aber sie soll lediglich Organ für die Demokratisierung, die Sozialisierung sein. Der sozialistische Staat soll ein Arbeiterstaat sein; wer keine produktive Arbeit leistet, der soll im sozialistischen Staat nicht mitbestimmend auf die Geschicke des Staates einwirken. Wenn das Werk in acht, bis 14 Tagen getan sei, dann werde die Revolution gerettet.

Der Vorsitzende verlas hierauf eine vom Genossen Schönlank eingebrachte Entschließung, die sich auf die Ausführungen Oerters bezieht.

Genosse Koenen trat ein für die einheitliche sozialistische Republik Deutschland. Gegenüber Oerter führte er aus, daß die Soldatenräte in den westlichen Bezirken mit ganz wenigen Ausnahmen, gar nicht auf dem Standpunkte Oerters ständen. Durch kleinstaatliche Sozialisierung sei der Sozialismus nicht zu erreichen.

Der Sozialismus kann nur Wirklichkeit werden, wenn der russischen und deutschen Revolution die Weltrevolution folgt.

Die parzellenweise Sozialisierung könne nur zum Bürgerkriege führen, wie Berlin als Beispiel zeigt. Wenn die Braunschweiger so arbeiten, wie es Oerter ausgeführt habe, so besteht die Gefahr, daß die besten revolutionären Mittelpunkte in Deutschland durch Gewalt zerschlagen werden; so Braunschweig, Halle, Hamburg usw. Man wolle sich nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern nur von dem Standpunkte, daß die politische Macht in Deutschland erobert werden muß. Der Kongreß, der abgehalten werden würde, würde restlos alles ablehnen, was aus Braunschweig kommt. Man könne hoffen, daß die Soldatenräte in Deutschland gegen Noske vorgehen. Von Halle und Braunschweig aus müßten die Köpfe revolutioniert werden.

Genosse Kilian will die Provinzen so gestaltet wissen, daß die Sozialisten in der Verwaltung die Mehrheit haben und bestimmte Gesetze erlassen, durch welche die Durchführung der sozialistischen Grundsätze gewährleistet wird. Wenn die Nationalversammlung den Kapitalismus wieder einsetzen wolle, dann würde die Arbeiterklasse abermals aufstehen, um den Sozialismus durchzuführen.

Einer von den vielen anderen Rednern meinte, man werde

nicht ohne Gewaltanwendung nach der Liebknechtschen Methode

auskommen können. Ueberhaupt standen fast alle Redner gegen Koenen auf dem Standpunkte Oerters. Koenen bemerkte, niemand könne radikaler vorgehen, als es von Halle aus geschöhe, denn wenn man der Regierung das Ultimatum stelle: entweder Zustimmung zur Sozialisierung der Betriebe im Bezirk oder Generalstreik, so könne man nicht radikaler vorgehen. Aber auf der Grundlage der Oerterschen Ausführungen lasse sich der Sozialismus nicht durchführen.

Eine planmäßige Organisation müsse den Generalstreik durch ganz Deutschland zur Gewinnung der politischen Macht vorbereiten.

In einem Schlußwort verteidigte Oerter seinen Standpunkt. Die Gegenrevolution habe große militärische Machtmittel zusammengezogen, um die Revolution der Arbeiter zu zerschlagen. Man werde den politischen Generalstreik gar nicht aufkommen lassen. Es müßten sozialistische Verwaltungsgebiete, besonders in Westdeutschland, sich zusammenschließen, um der Gegenrevolution zu begegnen. Die sozialistische Einheitsrepublik werde die Selbstverwaltungsgebiete umfassen mit Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltungsrecht. Und so denke er sich auch die Weltrepublik. Man stehe vor der Tatsache, daß

die Gegenrevolution mit den Machtmitteln des Reiches organisiert

sei, daß die Nationalversammlung umgeben werde mit militärischen Machtmitteln, um ihre Beschlüsse zu sichern und durchzuführen, endlich, daß die politische Gestaltung Deutschlands ausschließlich der Nationalversammlung vorbehalten werden solle. Deshalb müsse durch die Ausführung seiner Vorschläge jenen Tatsachen entgegengewirkt werden. Dann werde die Revolution gesichert sein, sonst sei sie verloren.

Zum Schluß wurde noch eine Entschließung von Drechsler-Zeitz bekanntgegeben, die mit der Entschließung Schönlanks verbunden und in dieser Form angenommen wurde.

Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde in die Mittagspause eingetreten. Genosse Kilian teilte noch mit, daß die Reichsregierung in der Annahme, daß der Arbeiterrat für Ruhe und Ordnung im Bezirk sorgen und die Bahntransporte sichern werde,

nicht beabsichtige, Truppen nach Halle zu senden.

*

In der Nachmittagssitzung wurde über

die Richtlinien

verhandelt, die von Kommissionen in gesonderten Sitzungen aufgestellt worden waren für die A.- und S.-Räte, für die Betriebsräte und die Beamtenräte, für deren Zusammensetzung und Obliegenheiten. Die A.- und S.-Räte sind die Träger der politischen Macht, ihnen steht alle verfügende und ausübende Gewalt zu. Sie haben das Kontrollrecht gegenüber den Behörden. Sie müssen als dauernde Einrichtung beibehalten werden. Die Betriebsräte sind als höchste Instanz in den Betrieben anzusehen. Sie bestimmen — zunächst mit den Direktoren — die Produktion, regeln sie. Eine gleiche Befugnis üben die Bergarbeiterräte aus. Jede Schächteanlage, auch im Mansfeldischen, hat einen Bergarbeiterrat zu wählen. Aus den Bergarbeiterräten wird ein Bergrevierrat gebildet, dem wieder eine Zentralstelle im Oberbergamt übergeordnet ist, welche die Arbeit dort regelt und überwacht. Für die Beamtenräte sind die Berliner Richtlinien ungenügend, deshalb sollen durch eine Kommission neue Richtlinien vorbereitet werden. Die Betriebsräte haben für die Aufrechterhaltung der Betriebe zu sorgen und das Stillegen von Betrieben zu verhindern.

Genosse Koenen teilt mit, daß man hier von Berlin die Anerkennung der Essener Wahlordnung gefordert hätte. Bis heute aber habe die Regierung Ebert-Scheidemann noch nicht geantwortet. Darauf habe die Kommission im Oberbergamt nach Berlin gedrahtet, wenn bis 31. Januar mittags eine Antwort nicht eingeht, treten

die Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlenreviers in den Generalstreik

ein. Vom 1. Februar ab übernehme der Arbeiterrat die Kontrolle über den Schriftwechsel des Oberbergamts. Der Arbeiterrat nimmt an allen Sitzungen des Oberbergamtskollegiums teil.

Genosse Koenen behandelte noch eine Reihe Fragen. So die wie der Sozialismus sich zum Welthandel stelle, die nach ihm sich sehr leicht regeln lasse durch Austausch von Waren unter Zugrundelegung des Welthandelspreises. Die Frage der Abfindung werde erledigt werden durch die auf steuerlichem Wege erfolgende Abgabe vom Vermögen und der Gewinne. Der Sozialismus werde der Retter Deutschlands sein vor dem vollständigen Untergange. Die Sozialisierung des Verbrauchs werde von selbst kommen. Auch über die geistige Sozialisierung sprach er hoffnungsfrohe Worte.

Von der landwirtschaftlichen Kommission wurde berichtet, daß im Regierungsbezirk Merseburg der

Anbauzwang für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse

verfügt worden ist. Alle Milch soll an die Molkereien abgeliefert werden, die, um den Schleichhandel zu unterdrücken, der Kontrolle der Arbeiterräte, nicht der Bauernräte, weil diese nicht unabhängig genug seien, unterstellt werden sollen.

Angenommen wurde der Antrag auf Herausgabe einer Druckschrift zum Zwecke der Schulung der A.- und S.-Räte im Merseburger Bezirk.

Ein Soldatenratsmitglied verwies die Kameraden darauf, daß Verfügungen, die von höheren Stellen aus kommen und nicht die Zustimmung des Generalkommandos gefunden haben, null und nichtig seien.

In seinem Schlußwort sagte der Vorsitzende Elsner, daß der Konferenz die Frage vorzulegen war: Was haben die A.- und S.-Räte zu tun? Sollen sie sich an die Wand preßen lassen von den Ebert-Scheidemann? Sollen sie vor dem Cäsarenwahnsinn Noskes in die Knie sinken? Sollen sie sich von diesen Herren meuchelmorden lassen? Die Revolution ist nicht verloren und sie darf nicht verloren sein. Eine geeinte sozialistische Republik ist aufzubauen. Wenn die Ebert-Scheidemann-Noske diese Entwickelung stören, dann würde mit ihnen anders verfahren werden müssen. Der Vorsitzende schloß die Konferenz, indem er die deutsche Republik und die Weltrevolution leben ließ.

*

Heute, Freitag, tagt in Halle eine Bezirks-Parteikonferenz der Unabhängigen, in der u. a. die Vorbereitungen für den Parteitag der Unabhängigen sozialistischen Partei getroffen werden sollen.

*

In der Aussprache über die Frage Einheitsrepublik oder Kleinstaaterei kam es auf der Rätekonferenz zu einem unterhaltsamen Zwischenfalle zwischen den Genossen Koenen und Kilian. Herr Kilian hatte sich gegen den Genossen und Kollegen Koenen gewendet und ihm dabei eine kleine persönliche Liebenswürdigkeit gesagt, indem er es verurteilte, daß Koenen den Genossen Schönlank ein schwankendes Rohr genannt hatte, der ehemals Mehrheitssozialist und nun Spartakist sei. Herr Koenen selbst sei nicht ganz frei gewesen von mehrheitssozialistischen Anwandlungen. Darauf eine erregte Gegenrede des Genossen Koenen, der seinem Kollegen Kilian die persönliche Anzapfung sehr übel nahm und die Anschuldigung, Mehrheitssozialist gewesen zu sein, mit Gleichem vergalt. Koenen war auch der Vorwurf von anderer Seite gemacht worden, er strebe nach einem Ministersessel. Eine Erwiderung darauf haben wir nicht gehört.

Die Neuordnung der Stadtverordnetenwahlen.

Berlin, 28. Jan. In einer Nachtragsverordnung zur Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 wird im § 1 folgendes bestimmt werden:

„Die in § 11 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 — RGBl. S. 1345 — festgesetzte Frist von 21 Tagen kann vom Wahlvorstand bezw. der Wahlkommission dahin abgeändert werden, daß spätestens am 7. Tage vor dem Wahltage die Wahlvorschläge einzureichen sind.

In Gemeinden unter 20 000 Einwohnern kann beschlossen werden, daß die Wahlvorschläge auch von weniger als 100, aber mindestens 20 in der Gemeinde zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein können.

Der Wahlvorstand bezw. die Wahlkommission hat spätestens zwei Wochen vor dem Wahltage zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung in den zur amtlichen Veröffentlichung dienenden Blättern der Gemeinde aufzufordern.

Die Bekanntmachung hat die in § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 vorgeschriebenen Angaben zu enthalten.

Der Wahlvorstand bezw. die Wahlkommission ist berechtigt, in dieser Bekanntmachung (vergl. Absatz 2) die Größe der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190131019/fragment/page=0003

Stimmzettel sowie ihre sonstige Beschaffenheit abweichend von der Vorschrift des § 34 der Wahlordnung vom 30. November 1918 zu bestimmen."

Um Zweifeln bezüglich der Auslegung der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vorzubeugen, wird zur Erläuterung folgendes bemerkt:

1. Unter Mitgliedern der Gemeindevertretungen sind in Städten die Stadtverordneten (Bürgervorsteher) und in Landgemeinden die nicht zum Gemeindevorstande gehörigen Mitglieder der Gemeindevertretungen zu verstehen. Nicht darunter fallen die Magistrats- bezw. Gemeindevorstände.

2. Gemäß § 4 der Verordnung sind auch die Mitglieder der Magistrats- bezw. Gemeindevorstände zur Stadtverordnetenversammlung (Bürgervorsteherversammlung) bezw. Gemeindevertretung wählbar.

3. Die Zahl der Stadtverordneten (Bürgervorsteher) bezw. Gemeindevertreter bleibt wie bisher in dem von den Städte- bezw. Landgemeindeordnungen festgesetzten Rahmen der ortsstatutarischen Regelung mit der Abänderung vorbehalten, daß die Mindestzahl 6 und die Höchstzahl 144 Mitglieder zu betragen hat. Was das Verhältnis anbelangt, in dem in Landgemeindevertretungen die Mitglieder des Gemeindevorstandes zu den Mitgliedern der gewählten Gemeindevertreter stehen müssen (§ 49 Abs. 3 örtl. Landgemeindeordnung), so behält es bei diesem sein Bewenden.

4. Die Zusammensetzung des Wahlvorstandes bezw. der Wahlkommission regelt sich nach den einzelnen Städte- bezw. Landgemeindeordnungen. Soweit danach Beisitzer vorgeschrieben sind, sind sie in Städten von der Stadtverordnetenversammlung, in Landgemeinden von der bisherigen Gemeindevertretung bezw. Gemeindeversammlung zu wählen. Insoweit hiernach noch Zweifel über die Bildung und Zusammensetzung des Wahlvorstandes usw. vorhanden sind, sind die Bestimmungen der einschlägigen Städte- und Landgemeindeordnungen durch Beschluß der bisherigen Gemeindevertretungen zu ergänzen.

gez.: Hirsch.

Kunst und Wissenschaft.

Rolf Lauckners Drama „Der Sturz des Apostels Paulus", dessen erfolgreiche Uraufführung im „Jungen Deutschland" zu Berlin stattfand, wird in den Spielplan der Kammerspiele des dortigen Deutschen Theaters aufgenommen.

Berufung Max Webers nach München. An Stelle des in den Ruhestand getretenen Professors Lujo Brentano für den Lehrstuhl für Nationalökonomie, Finanzwirtschaft und Wirtschaftsgeschichte an der Universität München erhielt der frühere Professor der Nationalökonomie an der Universität Heidelberg Dr. Max Weber einen Ruf durch die bayerische Regierung.

Provinzial-Nachrichten.

* **Wernigerode**, 30. Januar. (Weizenschieber.) Zwei bei ihren Eltern hier wohnende Soldaten kauften Weizen auf, der in Heudeber gestohlen worden war. Es handelte sich um etwa 20 Sack. Der Weizen, der nachts hierher gebracht worden war, wurde teils in Wernigerode, in der Hauptsache aber in Rothehütte verkauft. Dort fand man die Spur des gestohlenen Gutes und konnte es beschlagnahmen. Auch das Geld, das für den Weizen gezahlt wurde, fiel der Polizei in die Hände.

□ **Kalbe (Saale)**, 30. Jan. (Fleckfieber.) In unserer Kreisstadt ist in einem Haushalt, der Flüchtlinge aus Rußland aufgenommen hat, amtsärztlich Fleckfieber festgestellt. Die Uebertragung soll durch Läuse geschehen sein.

□ **Artern**, 30. Januar. (Das Elektrizitätswerk) hat beantragt, die Erhöhung des Zuschlags zu den Strompreisen von 30 auf 60 v. H. zu genehmigen. Der Magistrat hat solche nur in Höhe von 45 v. H. bewilligt. — Die Kriegsküche stellt am 1. Februar wegen Kartoffelmangel ihren Betrieb ein.

Chemnitz, 30. Januar. (Trübe Aussichten für die städtischen Finanzen.) Nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters Dr. Hübschmann befinden sich die städt. Finanzen in einer ungünstigen Lage. Chemnitz hat an Kriegsschulden 100 Millionen Mk. aufnehmen müssen. Der Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Summe belastet den jährlichen Haushaltsplan mit 5 Millionen. Die Einnahmen (vor allem aus indirekten Abgaben) sind zum Teil ganz verschwunden, die Erträgnisse der werbenden Anstalten werden durch die Preissteigerungen der Betriebsstoffe und Lohnerhöhungen fast aufgezehrt. Die Einführung des Achtstundentages kostet der Stadt 2 Millionen jährlich. Dazu kommen die ungeheuren Kosten der Arbeitslosenfürsorge.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 30. Januar. Gegenüber der leidlich festen Haltung der letzten Tage hat heute im Zusammenhang mit den besorgniserregenden Nachrichten wegen des Verhaltens der Polen und Gerüchten von beabsichtigten Streiks in Berlin usw. eine ziemliche Verstimmung an der Börse Platz gegriffen. Die Kursbewegung war bei kleinen Umsätzen vorwiegend nach unten gerichtet. Doch hielt sich auf sämtlichen Marktgebieten die Kurseinbuße in engen Grenzen und ging über 3 Prozent anfangs nicht hinaus. Höher war sie bei Orientbahn- und Rheinmetallaktien, welch letztere von einem 19prozentigen Rückgang später 7 Prozent zurückgewinnen konnten. Im Verlauf wurde die Abschwächung und damit der Kursrückgang allgemein, so daß sich beispielsweise bei Bismarckhütte der Rückgang auf 3, bei Bergmann auf 4, bei Gebrüder Böhler und Daimler im ganzen auf nur 6 Prozent erstreckte. Von der schwachen Allgemeintendenz machten nur ganz wenige Papiere eine Ausnahme. Von Rentenwerten sind 3prozentige preußische Konsole recht fest, andere heimische Werte unverändert, desgleichen österreichisch-ungarische Renten, doch zeigte sich für Goldanleihen starke Kauflust.

Devisenkurse.

Berlin, 30. Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorhergeh. Tag Geld	Vorhergeh. Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	3[illegible],00	3[illegible],50	[illegible]40,[illegible]0	340,50
Dänemark	100 Kr.	218,[illegible]0	[illegible]18,5[illegible]	218,00	218,5[illegible]
Schweden	100 Kr.	240,75	241,[illegible]	240,75	[illegible]41,25
Norwegen	100 Kr.	229,7[illegible]	230,50	[illegible]26,75	23[illegible],25
Schweiz	100 Fr.	1[illegible]2,25	17[illegible],50	1[illegible]1,75	[illegible]72,00
Wien, Budapest	100 K.	51,70	[illegible]1,[illegible]0	51,95	52,[illegible]5
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund
Spanien Geld 52,00 Brief [illegible]53,00 für 100 Pesetas
Helsingfors 81,25 81,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 30. Januar. Infolge des Arbeitermangels in den landwirtschaftlichen Betrieben machen die Drescharbeiten nur langsame Fortschritte, und die Zufuhren von Brotgetreide sind demgemäß nicht besonders lebhaft. Im allgemeinen haben die Mühlen indes genügend Vorräte, so daß das Mehlgeschäft seinen regelmäßigen Gang behält. Im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten macht sich die scharfe Kälte der letzten Tage insofern bemerkbar, als das Geschäft in Rüben sehr still wurde. Bei den auf dem Transport befindlichen Ladungen von Rüben und Kartoffeln dürfte wohl mit einer Beschädigung zu rechnen sein. Die Nachfrage für Saatgetreide, Klee- und Grassämereien bleibt lebhaft. Seradella ist gut behauptet. Sehr gering bleibt die Zufuhr von Heu und Stroh. Wetter: kalt, bedeckt.

Vom Kalisyndikat.

Die durch Verkehrsschwierigkeiten und die Berliner Unruhen wiederholt verschobene Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats fand trotz des Widerspruchs verschiedener Werkskonzerne, die eine Provinzstadt für die Syndikatsversammlungen vorgeschlagen hatte, heute in Berlin statt. Der Vorstand berichtete über die trostlose Lage des deutschen Kaligewerbes. Während man im Oktober trotz Arbeiter- und Kohlenmangels noch hoffen konnte, daß der Absatz des Jahres 1918 den des Vorjahres nicht unwesentlich übersteigen und 12 Millionen Doppelzentner Reinkali erreichen würde, brachten die Novemberereignisse eine plötzliche Absatzstockung, die im Dezember zu einer fast vollständigen wurde. Infolgedessen sind nur 10 019 Millionen Doppelzentner Reinkali gegen 10 942 Millionen Doppelzentner im Jahre 1917 abgesetzt worden.

Seit 18. November 1918 hat die Wagengestellung ausgesetzt, und die meisten Kaliwerke liegen wegen Kohlenmangels still, so daß an die Herstellung von Vorräten nicht zu denken ist. Die zahlreich aus der Front zurückgekehrten Arbeiter müssen daher trotz wesentlich höherer Löhne unproduktiv beschäftigt werden.

Die zwischen den Kaliwerken und den Gewerkschaften vereinbarten Arbeits- und Lohnbedingungen, welche, abgesehen von der Neueinführung der achtstündigen Arbeitsschicht auch über Tage, weit über die im Juli vorigen Jahres durch Gesetz festgesetzte Lohnaufbesserung von täglich 3 Mk. für Vollarbeiter hinausgehen, werden von den Arbeitern vielfach nicht gehalten und auf verschiedenen Werken ist es bereits zu Gewalttätigkeiten gekommen. Diese Werke stehen vor der Frage, ihren Betrieb entweder gänzlich einzustellen, oder bei Erfüllung der Arbeiterforderungen dem finanziellen Ruin entgegenzutreiben. So kommt es, daß die Kaliindustrie weder gerüstet ist für die gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders wichtige Ausfuhr, noch für die Lieferung von Düngemitteln an die heimische Landwirtschaft, die nach wie vor das Rückgrat der deutschen Volksernährung ist und bleiben wird. Die Verkürzung der Arbeitszeit, der starke Rückgang der Tagesleistung der Arbeiter, die gewaltige Verteuerung aller Bedarfsartikel der Kaliindustrie, besonders der Kohle, die, nicht zu reden von ihrer schlechten Beschaffenheit, seit Beginn dieses Jahres abermals bis zu 50 Proz. im Preise gestiegen ist, haben die Produktionskosten so enorm gesteigert, daß die im Juli 1918 durch den Reichstag festgesetzten Preise diese Kosten bei weitem nicht mehr decken, vielmehr stark verlustbringend sind und in Kürze die Werke zum Erliegen bringen müssen. So ist infolge der Unmöglichkeit, Kalisalze zu fördern und in den Fabriken zu verarbeiten, sowie durch den demnächst zu erwartenden Mangel an Geldmitteln zur Aufrechterhaltung der Betriebe, abgesehen von der ohnehin fast ausfallenden Frühjahrsdüngung der Aecker, auch die Herbstdüngung mit Kali auf das Schwerste gefährdet.

Die rückständigen Aufträge der deutschen Landwirtschaft, deren Klagen über die ausbleibende Ware aus allen deutschen Gauen täglich in großer Zahl einlaufen, sind auf 140 000 Wagen gestiegen und vermehren sich von Tag zu Tag — ein Beweis, wie schwer der Kalimangel überall empfunden wird. Die Folgen werden sich besonders bei der diesjährigen Kartoffelernte bemerkbar machen.

Die Gesellschafterversammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Waffenstillstandskommission hat, wie verlautet, in Trier Verhandlungen über deutsche Kalilieferungen nach Amerika gepflogen, ohne daß berufene Vertreter des Kalisyndikats hinzugezogen worden sind, die, zumal bei der gegenwärtig beschränkten Lieferungsfähigkeit der Kaliindustrie, über alle Einzelheiten die erforderlichen Informationen geben konnten. Die deutsche Kaliindustrie legt schärfste Verwahrung dagegen ein, daß solche Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden, ohne daß ihre Vertreter hinzugezogen werden."

Gegen die Kapitalabwanderung

machen die der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers angehörigen Berliner Großbanken und Großbankiers ihre inländische Nichtbankier-Kundschaft durch Zusendung besonderer Hinweise darauf aufmerksam, daß ihr auf Grund der im Reichsgesetzblatt vom 20. Januar 1919 (Seite 43 ff.) veröffentlichten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland vom 21. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1325) folgende Verpflichtungen auferlegt worden sind:

1. Wer in der Zeit vom 1. Juli bis 22. November 1918 Aufträge an Banken erteilt hat, wonach 1. Wertpapiere nach dem Auslande versandt oder überbracht, für einen Ausländer in Verwahrung genommen oder ihm auf Stückkonto gutgeschrieben, 2. Geldbeträge in in- oder ausländischer Währung einem Ausländer gutgeschrieben werden sollten, hat bis zum 20. Februar 1919 der Bank eine Erklärung nach vorgeschriebenem Muster in doppelter Ausfertigung einzureichen.

2. Wer vor dem 23. November 1918 bei einer Bank auf einen falschen oder erdichteten Namen für sich oder einen Dritten ein Konto hat errichten lassen, Wertsachen offen oder verschlossen hinterlegt oder ein Schließfach gemietet hat, hat ebenfalls bis zum 20. Februar 1919 der Bank unter Angabe seines wahren Namens Anzeige zu machen oder das Konto aufzulösen.

Betroffen sind alle Nichtbankiers ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit, welche im Inlande ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis 50 000 Mark, in den Fällen unter 1. daneben auch noch mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Die Banken weisen ferner darauf hin, daß sie — ebenfalls bei Androhung schwerer Strafen — verpflichtet sind, an Hand ihrer Bücher nachzuprüfen, ob seitens ihrer Kundschaft den genannten Verpflichtungen entsprochen wird. Bis zum 20. Februar 1919 unterlassene Anmeldungen haben die Banken dann ihrerseits vorzunehmen.

Neue Berliner Stadtanleihe. Die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordneten wird sich mit einer neuen Anleihe von 400 Mill. Mark beschäftigen. Mit dieser Anleihe glaubt der Magistrat bis zum Jahr 1924 auszukommen. Der Anleihezinsfuß soll 4 Prozent sein.

Nationalaktien-Bierbrauerei Braunschweig vormals F. Jürgens in Braunschweig. Die Verwaltung schlägt die Ausschüttung von wieder 3 Prozent Dividende vor.

Berliner Börse

vom 30. Januar 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	92,50
Halle-Hettstedter	77,75
Schantungbahn	119,13
Allg. Lokal-Str.	139,25
Gr. Berl. Str.	124,00
Magdeburger Str.-B.	180,00
Prinz-Heinrich-B.	158,25
Orientbahn	165,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	92,25
Hambg. Südamerika	129,00
Hansa-Dampfschiff.	126,00
Nordd. Lloyd	92,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	——
Berl. Handelsges.	156,50
Commerz-Diskontobank	120,50
Darmstädter Bank	119,50
Dessauische Landesbank	——
Deutsche Bank	268,25
Diskonto-Comm.	169,75
Dresdner Bank	147,87
Leipzig Credit-Anst.	148,50
Mitteld. Kreditbank	123,00
Nationalbank	——
Oesterr. Kredit	——
Reichsbank	1 1,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	238,00
Akt. f. Anilin	236,50
Allgem. Elektr. Ges.	178,00
Ammendorfer Papierfbk.	——
Anhalter Kohlenw.	185,00
Annaberger Steingut	174,00
Badische Anilin	296,00
Bergmann Elekt. Akt.	149,00
Berl. Masch.-Bau	219,25
Bismarckhütte	203,00
Bochumer Gußstahl	197,00
Chem.-Fabr. Buckau	123,00
Chem. Griesheim	201,00
Chem. Heyden	245,00
Consolidation Schalk	244,50
Gröllwitzer Papierfbk	——
Daimler Motoren	206,00
Deutsche Luxemburg	123,50
Deutsche Uebersee Elektr.	135,00
Deutsche Erdöl	262,00
Deutsche Gasglühl.	350,00
Deutsche Kali	173,00
Deutsche Waffen u. Mun.	185,00
Donnersmarckhütte	243,00

Döring & Lehrmann	80,00
Dürkoppwerke	244,00
Elberfelder Faber.	284,75
Felten & Guilleaume	156,00
Gasmotoren Deutz	119,25
Gebhard & Co	94,25
Gelsenkirchen Berg	148,25
Glauziger-Zuckerfbk.	——
Hallesche Maschfbk.	——
Hann. Masch.	315,00
Harpener Berg	166,87
Hasper Eisen	149,00
Hirsch Kupfer	175,25
Höchster Farbw.	——
Hoesch Eisen u. Stahl	258,00
Hohenlohe-Werke	——
Humboldt Masch.	143,00
Ilse Bergbau	291,00
Kahla Porzellan	299,75
Kaliw. Aschersleben	169,00
Körbisd. Zucker-Akt.	——
Kyffhäuserhütte	177,50
Lahmeyer & Co.	119,00
Lauchhammer	171,00
Laurahütte	——
Linke & Hofmann	297,75
Ludwig Loewe & Co.	236,00
Lothringer Hütte	143,50
Mannesmannröhren	183,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	142,25
do. Caro Hag.	138,25
do. Kokswerke	216,50
Orenstein & Koppel	155,00
Phönix Berg	194,50
Rhein. Metall-Vorz.	210,00
Rhein Stahlwaren	146,00
Riebeck. Montan	187,00
Rombacher Hütten	159,75
Rositzer Braunk.	134,00
Rositzer Zucker	——
Sangerhäuser Masch.	245,00
HugoSchneider & Co.	204,50
Schuckert & Co.	129,87
Siemens & Halske	162,00
Stettiner Vulkan	156,75
Stolberger Zinkh	115,00
Strals. Spielkarten	193,00
Thale-Eisenhütte	273,50
Triptis Porzellan	189,75
Türk. Tabakregie	357,00
Ver. Köln-Rottweiler	187,75
Ver. Glanzstoff	418,25
Wegelin & Hübner	174,00
Werschen-Weißenfelder Braunk.	——
Westeregeln Alkali	211,00
Wittener Gußstahl	196,00
Wrede Mälzerei	119,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
Zeitzer Masch.	294,00
Zellstoff Waldhof	199,00
Otavi-Minen	107,25

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: J. V.: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Hendel.

— BEZUGSCHEINFREI — A164/5
BRENNHOLZ
ofenfertig
H. Proepper & Co., G. m. b. H.
Magdeburgerstrasse 55 — Fernruf 1259.

Vermischtes
Bartflechte
und Hautausschläge aller Art, auch veraltete Fälle beseitigt in wenigen Tagen das bestempfohl. Barbasan. Zahlreiche Anerkennungen. Flasche Mk. 5.40 gegen Nachn. d. S. Wünscher Roßlau-Anh. 3070. a 0129

Schürzen
schwarz, weiss, farbig, moderne waschechte Muster. V337/5
H. Schnee Nachf.
A. & F. Ebermann,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 84

Chemieschule für Damen
von Dr. Paul Herrmann,
vereid. Handelschemiker, Halle, Ludw. Wuchererstr. 79.
Kleiner Schülerkreis. — Sorgfältiger Einzelunterricht.
Erfahrene Lehrkräfte. — Stellenvermittlung.
Neuer Lehrgang beginnt am 1. April. V 635/1

Aus dem Felde zurückgekehrt
Dr. Kohlhardt,
Am Kirchtor 10, Fernspr. 6846.
Sprechzeit: 12—1, 3—4 Uhr. A287

Zeitungs-Makulatur
zu verkaufen
Große Brauhausstraße 17.

Kaufgesuche
Wein-, Sekt- und Wasserflaschen, Badeöfen, defekte, Bogenlampen, Staniol, Oefen kauft und holt ab
Ludwig,
Schwetschkestr. 14, Tel. 4187.

Jalousien!
liefert und repariert
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.

Barackenwerke
Richard Mittag,
Spremberg (Lausitz). Tel. 26
liefern sofort Baracken
10×8, 10×15, 5×15 und
Kleinwohnhäuser.

Augenarzt Dr. Schulze
Martinsberg 2 A281
hat seine Praxis wieder aufgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190131019/fragment/page=0004